

Ermittlungen gegen Fraport-Chef Stefan Schulte

FRAPORT Staatsanwalt leitet Verfahren ein / Ermittlungen wegen „vollendeter Körperverletzung“

Von Peter Kämmerer

FRANKFURT / WIESBADEN.

Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat offiziell Ermittlungen gegen den Vorsitzenden des Vorstands der Fraport AG, Stefan Schulte, aufgenommen. Das bestätigte ein Sprecher der Behörde gegenüber dieser Zeitung. Demnach ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Schulte wegen versuchter und vollendeter Körperverletzung. Grundlage für die Aktivitäten der Behörde ist der Vorstoß des Flörsheimer Bürgers Erich Ziel-

ke. Ende Mai hatte er bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in der Landeshauptstadt die Anzeige gegen Schulte eingereicht (wir berich-

Gutachten angeführt

Schon seit Jahren leidet der 71-Jährige aus der Philipp-Schneider-Straße in Flörsheim (Main-Taunus-Kreis) massiv unter dem Krach der Flugzeuge. In seiner elf Seiten umfassenden Anzeige verweist der Flörsheimer unter anderem auf Erkrankungen wie Bluthoch-

druck, Vorhofflimmern und Herzschmerzen – allesamt Folgen des Fluglärms, wie Zielke argumentiert.

Schon bei der Einreichung der Anzeige gaben sich Zielkes Anwälte „zuversichtlich“, die Staatsanwaltschaft dazu bewegen zu können, offiziell Ermittlungen gegen den Fraport-Vorsitzenden einzuleiten. Denn es sind nicht nur die individuellen Erkrankungen ihres Mandanten, auf den Zielkes Anwälte ihre Anzeige stützen. Verwiesen wird darin auch auf die erst jüngst veröffentlichten medizi-

nischen Gutachten, die gravierende gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Fluglärm belegen.

Nach Angaben von Hartmut Frese von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden sind nun die Anwälte von Fraport-Chef Schulte am Zuge. Sie seien aufgefordert worden, zu den in der Anzeige erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Wie lange sich das Ermittlungsverfahren hinziehen wird, ist unklar. Zielkes Anwälte selbst waren für eine Stellungnahme gestern nicht erreichbar.

AZ vom 24.7.2013

AUF EINEN BLICK

BI sieht Fraport in Defensive

MAINZ (mon). Die Initiative gegen Fluglärm Mainz sieht sich durch Hersteller- und Airline-Angaben darin bestätigt, dass das Wirbelschleppengutachten zum Ausbau des Frankfurter Flughafens manipuliert worden ist. Auch die Mainzer Bundestagsabgeordnete Tabea Rößner (Grüne) fordert Aufklärung: Fraport müsse erklären, warum die Angaben zum Landegewicht beispielsweise des Airbus 340-600 so weit auseinander klappten. Die im Frankfurter Gutachten angesetzte Gewichtszahl von 173 Tonnen liege sogar unterhalb des Leergewichts dieses Flugzeugtyps.

Die Bürgerinitiative verbuchte es als Erfolg, dass ein Ermitt-

lungsverfahren gegen Fraport-Chef Schulte wegen „vollendeter Körperverletzung“ eingeleitet wurde (die AZ berichtete). Dies sei „eine große Genugtuung für alle Fluglärmopfer im Rhein-Main-Gebiet“, sagt BI-Vorsitzender Jochen Schraut. Die Staatsanwaltschaft gehe demnach davon aus, dass es Anhaltspunkte geben könne, wonach der Betrieb der Landebahn Nordwest mit Gesundheitsschädigung verbunden sein könne, so Lars Nevian, Vorstand der Bürgerinitiative: „Im Grunde müsste der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Landebahn Nordwest aufgrund dieser Gefahrenlage sofort schließen.“